

Das Kollektiv, das weder Dorfparlament noch Schattengemeinderat sein will

Gleich die allererste Informationsveranstaltung rund um den noch jungen Verein «Attraktives Flurlingen» sorgte für viel Zuspruch. Das neue Konstrukt soll die Gemeinde in sachpolitischen Fragen weiterbringen.

Alexander Joho

FLURLINGEN. Er sei schon etwas «überwältigt» vom Interesse, verrät Thomas Altenburger zu Beginn der Veranstaltung im Rheintal. Mehr als 90 Personen waren dem Aufruf seines Vereins gefolgt, alters- und geschlechtermässig gut gemischt. Genau die Zielgruppe, mit der man in Zukunft zusammenarbeiten und zusammen diskutieren möchte; nämlich mit allen ab 16 Jahren, «querbeet», wie am Donnerstagabend betont wurde.

«Wir sind kein Altherrenverein», liess Altenburger im Anschluss verlauten; damit meinte er sich selber, Aktuar Marcel Brogle und den für die Vereinsfinanzen zuständigen Daniel Fink im Vorstand – wie auch die über zwei Dutzend anderen Mitglieder, die «Attraktives Flurlingen» derzeit aufweisen kann. Den Verein gibt es seit knapp zwei Monaten, entstanden ist er aus der Interessengemeinschaft «Rheintalareal». «Wir befinden uns sozusagen noch in der Probezeit», meinte Brogle dazu.

Keine Einheitsmeinung

Die drei Herren hatten das auf den ersten Blick noch etwas «abstrakte» Konstrukt und seine Zwecke vorzustellen; das sei eben kein Schützenverein, kein Tennisklub, kein Schattengemeinderat, kein Polemik-Klub und auch kein «Dorfparlament», erklärte der Präsident. Aktives Mitmachen sei angesagt – mit dem Ziel, eines der attraktiven Dörfer der Region weiterzuentwickeln. Gemeinsam, über den Flurlinger «Brain Pool», soll die kommunale Meinungsbildung angeregt, die Sachpolitik im Dorf verstanden und mitbeeinflusst werden – im Austausch mit der Politischen Gemeinde, den Schulen und der Rechnungsprüfungskommission. Das Ganze parteipolitisch neutral, ehrlich, ohne Partikularinteressen, schlank strukturiert, breit abgestützt.

Potenzielle Flurlinger Ideen sind vielerorts gefragt: in Sachen Einheitsgemeinde, bei der Kindertagesstätte, zur Wohnsituation, der Siedlungsentwicklung, dem Jugendangebot, den Steuern oder auch zur Zukunft des Eisernen Stegs. Dabei sind «coole», konstruktive Diskussionen erwünscht, eine Einheitsmeinung soll es



Der Vorstand des neuen Vereins «Attraktives Flurlingen», entstanden aus der Interessengemeinschaft «Rheintalareal» (v. l.): Aktuar Marcel Brogle, Präsident Thomas Altenburger und Finanzchef Daniel Fink.

BILDER ALEXANDER JOHO

«Wir sind kein Altherrenverein.»

Thomas Altenburger
Vereinspräsident
«Attraktives Flurlingen»

im Verein keine geben; sehr wohl aber Empfehlungen für Abstimmungen oder an Gemeindeversammlungen. Zudem könne man sich vorstellen, eigene, spannende Informationsveranstaltungen zu gewissen dorfspezifischen Themen aufzulegen und dazu Experten einzuladen – oder in Arbeitsgruppen der Behörden mitzuwirken.

Da in Flurlingen keine politischen Vereine mehr tätig seien, so Altenburger, soll «Attraktives Flurlingen» zudem die, wie in vielen anderen Gemeinden, angespannte Situation bei der Suche nach Behördenmitgliedern entkrampfen, auch dank einer «Nachwuchsförderung»; der Verein könne dabei gegebenenfalls Unterstützung im Wahlkampf bieten.

«Es hat für alle Platz»

«Ja, der Name ist ambitiös», fügte Fink an, man habe aber bewusst darauf verzichtet, auf altbekannte Begriffe zurückzugreifen. Sicherlich werde es eine Herausforderung sein, alle Ansprüche unter einen Hut zu bringen. Auch werde man, so Fink, nicht immer in der Lage sein, eine Parole zu fassen. Die Beitrittsschwelle liegt dafür tief: «Mit zehn Franken pro Jahr sind Sie dabei», warb Fink, «es hat für alle Platz.»

Der Verein ist für Flurlingerinnen und Flurlinger gedacht, für Personen mit Dorfbezug, wie auch für das ansässige Gewerbe; Nichtmitglieder sind an den Vereinsveranstaltungen ebenfalls willkommen. Dringend gesucht werden noch Revisoren oder Revisorinnen. Eine zweite Vereinsvorstellungsrunde wird es an der kommenden Rechnungsgemeindeversammlung im Juni geben. Die erste Mitgliederversammlung ist für das zweite Quartal 2023 angesagt, eine erste Generalversammlung für Anfang 2024.



Die Infoveranstaltung des neuen Vereins resultierte in einem vollen Rheintalareal.

Gemeindepräsident neu für Werke und Werkhof zuständig

ESCHENZ. Der für die Legislatur 2023 bis 2027 gewählte Eschenzer Gemeinderat traf sich zu einer ersten Sitzung, um die Ressortverteilung per 1. Juni zu regeln. Dazu wurden die einzelnen Ressorts eingehend analysiert und einige Veränderungen vollzogen. Ab Juni 2023 gibt es folgende Ressorts und Zuständigkeiten: Gemeindepräsident Pascal Berwert übernimmt Präsidiales, Heidi Springmann wird stellvertretende Gemeindepräsidentin und behält das Ressort Soziales und Gesundheit, Erich Studer behält Hochbau und übernimmt Raumplanung, Christoph Frei ist künftig für Finanzen, Gewerbe und Kultur zuständig und Manuel Hartmann für Strassen, Sicherheit und Umwelt.

Die Finanzen werden neu dem Ressort Gewerbe und Kultur angegliedert. Die Raumplanung wurde ins Ressort Hochbau integriert und wird so synergetisch gestärkt. Der Werkhof und die Werkbetriebe als strategisch wichtige Bereiche werden neu vom Gemeindepräsidenten geführt. Die definitive Zuteilung der Kommissionen, Delegationen und die ordentliche Beschlussfassung des Vorentscheides werden Anfang Juni, anlässlich der ersten Gemeinderatssitzung, beschlossen. (tma/r.)

Journal

Ressorts im Gemeinderat Wagenhausen neu verteilt

WAGENHAUSEN. Nach den Gesamterneuerungswahlen vom 12. März hat sich der neue Gemeinderat Wagenhausen für die konstituierende Sitzung zur neuen Legislaturperiode 2023 bis 2027 getroffen. Die einstimmig beschlossene Zuteilung in die Ressorts ergibt ab 1. Juni folgendes Bild: Roland Tuchschnid (Gemeindepräsident und Tiefbau), Francis Blösch (Finanzen), Samuel Etzweiler (Hochbau und Werke), Mirjam Leibinger (Sicherheit), Fabian Lüthi (Gesundheit und Familie/Soziales), Markus Nyffeler (Umwelt) sowie Gabriela Rhyn-Rusterholz (Freizeit, Vereine, Tourismus und Kultur).

Mehr Raubüberfälle im Thurgau

2022 wurden im Kanton Thurgau fast doppelt so viele Raubüberfälle registriert, wie im Jahr zuvor. Einen klaren Trend stellt der Regierungsrat jedoch nicht fest, antwortet er auf eine Einfache Anfrage.

Thomas Martens

FRAUENFELD. Mit einer Einfachen Anfrage erkundigten sich die Thurgauer SVP-Kantonsräte Pascal Schmid (Weinfelden) und Denise Neuweiler (Langrickenbach) im Februar beim Regierungsrat über die Häufung von Raubüberfällen im Kanton und mögliche Präventionsmassnahmen. Der frühere Bezirksgerichtspräsident und die Gemeindepräsidentin wollten wissen, wie viele Raubüberfälle im Jahr 2022 im Thurgau begangen wurden und wie sich die Anzahl in den vergangenen vier Jahren von 2019 bis 2022 entwickelt hat. Gestern hat der Regierungsrat seine Antworten vorgelegt. Demnach seien bei der Kantonspolizei im vergangenen Jahr im Kanton Thurgau insgesamt 49 Raubüberfälle verzeichnet worden. Wo und in welchen Einrichtungen, etwa Supermärkte oder Tankstellen, wurde nicht genannt.

Damit gab es 2022 fast doppelt so viele Raubüberfälle wie im Jahr zuvor, als 25 Taten festgestellt worden waren. Worauf die Zunahme der Raubüberfälle zurückzuführen ist, könne gemäss Regierungsrat nicht abschliessend beantwortet werden. Ein längerfristiger Trend sei aber nicht erkennbar, weil beispielsweise die Zahlen zwischen

2019 und 2020 rückläufig waren. Während 2019 noch 27 Raubüberfälle verübt wurden, waren es 2020 insgesamt 19.

Da für die beiden SVP-Politiker die nach ihrer Ansicht «massive Zunahme» dieser Gewalttaten in Zusammenhang mit den offenen Grenzen und Flüchtlingsbewegungen stehen könnte, wollten sie vom Regierungsrat auch wissen, bei wie vielen dieser Raubüberfälle die Täter ermittelt wurden und wie hoch der Ausländeranteil nach Aufenthaltsstatus ist. 2019 lag die Aufklärungsquote bei 63 Prozent, gefolgt von 52,6 Prozent im Jahr 2020, 68 Prozent 2021 und 55,1 Prozent 2022.

Kein Zusammenhang erkennbar

Mit grosser Mehrheit waren jeweils Schweizer Staatsbürger an den Taten beteiligt, danach kamen Ausländer mit Status C. Auffällig ist, dass im vergangenen Jahr mehr Ausländer mit anderen Aufenthaltsbewilligungen wie B, F, N oder S Raubüberfälle begangen hatten. Für den Regierungsrat ist dennoch klar: «Verlässliche Angaben über den Zusammenhang zwischen diesen Delikten und den offenen Grenzen sowie den wachsenden Migrations- und Flüchtlingsbewegungen sind nicht möglich.»

Zur Frage, welche Massnahmen der Regierungsrat einleitet, um dieser «be-

drohlichen» Entwicklung entgegenzuwirken und der Bevölkerung wieder mehr Sicherheit zu geben, hält der Regierungsrat fest, dass die Kantonspolizei die Lageentwicklung auch im Bereich der Raubüberfälle ständig verfolgt und daraus die notwendigen polizeitaktischen Massnahmen ableitet und umsetzt. So würden die Erkenntnisse aus der Analyse der Delikte beispielsweise für die Schwerpunkttätigkeit der Polizei berücksichtigt.



Mit diesem Foto fahndet die Polizei noch immer nach dem Räuber in der Thurgauer Kantonalbank in Diessenhofen vom August 2022.

BILD KAPO TG

Abflauender Immobilienmarkt bei Notaren kaum spürbar

FRAUENFELD. Nachdem die Grundbuchämter und Notariate im Kanton Thurgau im Jahr 2021 so viele Geschäfte in den Bereichen Grundstücks-, Gesellschafts-, Ehegüter- und Erbrecht abgewickelt hatten wie nie zuvor, ist im vergangenen Jahr die Geschäftslast wieder etwas zurückgegangen. Mit rund 14500 öffentlichen Beurkundungen, mehr als 6300 Begebungen und knapp 22000 Grundbucheintragungen lagen die Zahlen aber weiterhin auf hohem Niveau, teilte die Grundbuch- und Notariatsverwaltung des Kantons gestern mit. Die Gebühreneinnahmen sind 2022 leicht, auf rund 30 Millionen Franken, zurückgegangen. Zudem spülten Handänderungssteuern rund 34 Millionen Franken in die Kasse der Grundbuchämter.

Die Anzahl der Handänderungen von Grundstücken ist um rund 10 Prozent zurückgegangen. Dies zeige, dass der Immobilienhandel aufgrund der allgemeinen Konjunkturlage und der höheren Zinsen etwas abflacht. Die Grundbuchämter sind im Gegenzug aber mit deutlich komplexeren Geschäften, etwa im Zusammenhang mit der Verdichtung im Baugebiet oder bei familieninternen Hausübertragungen, konfrontiert.

Bei den Notariaten nimmt wegen der Einführung des revidierten Erbrechts die Nachfrage nach erbrechtlichen Bera-

tungen markant zu. Dagegen sind die Auswirkungen des neuen Aktienrechtes und der Bedarf nach entsprechenden Statutenänderungen und anderen Anpassungen, die beurkundet werden müssen, noch nicht abschätzbar.

Die Anzahl der Erbfälle, die durch die Notariate abzuwickeln sind, liegt mit über 3300 eröffneten Dossiers rund 10 Prozent über der Vor-Corona-Zeit. Auch in diesem Bereich werden die Arbeiten immer anspruchsvoller und die Fälle komplexer. Es wird festgestellt, dass die leibzeitigen Regelungen der Erblasser zunehmend ungenügend sind und sowohl für die Erben wie auch die Behörden und Gerichte zu oft viel Aufwand bedeuten. Um diesem Trend entgegenzuwirken wird der Bevölkerung empfohlen, die Dienstleistungen der Notariate vermehrt in Anspruch zu nehmen und sich rechtzeitig beraten zu lassen.

Damit die Kunden weiterhin gut und effizient bedient werden können, passen die fünf Abteilungen ihre Organisation laufend an die veränderten Verhältnisse an, und es werden weitere Schritte bei der Digitalisierung von Abläufen unternommen. Zudem wird sehr viel in die Ausbildung von Lernenden und die Weiterbildung des Personals investiert, um dem Fachkräftemangel entgegenwirken zu können. (r.)